



## *Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes*

### *Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU, DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*

*- Drucksache 6/3505 -*

#### **ZWEITE BERATUNG**

##### **Abgeordneter Brandner, AfD:**

Ja, meine Damen und Herren. Es wird Sie nicht wundern, dass ich eine etwas andere Wahrnehmung der Abfolge zu den Gesetzen hier in diesem Landtag habe. Ich beschränke mich da zunächst auf den TOP 4 a, die Änderung des Landeswahlgesetzes und des Thüringer Kommunalwahlgesetzes. Da ist eingetreten, was zu vermuten war. Sowohl der altparteiendominierte Justiz-, als auch der ebenso dominierte Innen- und Kommunalausschuss haben dem Gesetzentwurf der Landesregierung hoppla hopp zugestimmt. Entgegen unserem Antrag von der AfD wurde auch keine Anhörung beispielsweise der kommunalen Spitzenverbände durchgeführt – Altparteienpolitik pur, wenn Sie so wollen und wenn es um das Wahlrecht geht, kennen sie ja kaum Hemmungen.

Wir von der AfD hatten schon bei der ersten Lesung darauf hingewiesen, dass dieser Entwurf keine wirkliche Verbesserung für die Bürger und das Wahlrecht in diesem Lande bringt.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Darum geht es nicht, es geht um Statistik, um statistische Zahlen!)

Weiterhin schancen sie – darum geht es nicht? Nein, Herr Adams, ich rede zu 4 a Herr Adams, ich rede zu 4 a, das hat mit Statistik nichts zu tun. 4 a ist die Reihenfolge auf dem Stimmzettel, vielleicht überlegen Sie es sich mal und hören mal zu, wenn ich hier was erzähle.

(Beifall AfD)

Weiterhin schancen Sie von den Altparteien sich die oberen Plätze auf den Stimmzetteln zu, in der trügerischen Hoffnung, dass der Bürger zu dumm oder zu träge ist, seinen Favoriten

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Jetzt reicht es aber!)

erst im Verlauf des Stimmzettels, manchmal aber auch erst nach dem Ausklappen des Stimmzettels zu finden.

(Zwischenruf Abg. König, DIE LINKE: Sind Ihre Wähler nicht in der Lage zu lesen?)

Offenbar gehen Sie von den Altparteien davon aus, dass die Wähler Sie dann nicht mehr finden oder wählen, wenn Sie nicht mehr oben auf dem Wahlzettel stehen. Das ist zum einen ein Armutszeugnis, zum anderen aber eine sehr mangelnde Selbsteinschätzung von Ihnen, aber eine sehr zutreffende Selbsteinschätzung. Sie verkennen dabei allerdings, dass die Trefferquote nach wie vor zu Ihren Gunsten wäre, denn es gibt ungefähr fünf ernst zu nehmende Altparteien, die sich in Wahrheit nicht unterscheiden und nur ab und zu so tun, als wären sie Konkurrenten. Sie tun nicht mal so, als wären sie Konkurrenten, wenn es um das Wahlrecht geht. Es ist also wurscht, wer davon gewählt wird, sodass die Altparteienchance, angekreuzt zu werden, sowieso fünfmal so hoch ist, wie beispielsweise die Chance der AfD als einzige Alternative für Deutschland und als einzige Alternative für vernünftige Politik.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Für wie doof erklären Sie eigentlich die Wählerinnen und Wähler?)

(Beifall AfD)

Das von Ihnen gewählte Kriterium sagt also eine Menge über ihr Verständnis von Demokratie und Gerechtigkeit aus. Einen Vertreter dieses Missverständnisses haben ja die SPDisten unter maßgeblicher Befehung durch die Einheitsmedien – Einheits- wieder mit „tz“ – zu ihrem 100-Prozent-Martin erkoren. Auch da galt – wie bei den Altparteien üblich – gerecht ist, was mir und meinen Parteigängern und Parteigenossen Vorteile bringt. Das, meine Damen und Herren, ist eine Politik längst überholter Clanstrukturen, die aber vielleicht auch gar nicht mehr so überholt sind, denn wir wissen ja, wie massenhaft Vertreter solcher Clanstrukturen von Ihnen zurzeit importiert werden. So wirft also ein unscheinbares Änderungsgesetz zum Landeswahlgesetz und zum Kommunalwahlrecht im überschaubaren Thüringen ein grelles und wenig schmeichelhaftes Licht auf die Altparteien in diesem Lande, die diesen Bürgern seit Jahren schaden, dieses Land herunterwirtschaften und es als ihre Beute betrachten. Wir von der AfD lesen das Grundgesetz und die Landesverfassung nicht nur, sondern wir nehmen es ernst und sind damit auch tatsächlich Abgeordnete des gesamten Volkes und nicht einer Partei. Weil wir das sind, lehnen wir den Gesetzentwurf und Ihre kleinkarierten formellen Tricks, Ihre Wahlchancen zu erhöhen, ab. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

[...]

**Abgeordneter Brandner, AfD:**

Nein, wir haben ja noch den Tagesordnungspunkt 4 b, da geht es also um den Wahlkreiszuschnitt.

Meine Damen und Herren, die Plenarsitzung im Februar war ein Paradebeispiel dafür, wie auch hier die Altparteienpolitik aussah. Heimlich, still und leise sollten mit einem CDU-Gesetzentwurf lediglich die Wahlkreise Jena I und II neu zugeschnitten werden, ohne dass die zukünftig freiwilligen, nur theoretischen Direktwahlkandidaten des Herrn Mohring leiden sollten. Das ist der gleiche Herr Mohring, der diesen Gesetzentwurf eingebracht hat. Dieser Herr Mohring reagierte – jetzt guckt er auch schon wieder böse – überaus empfindlich, als wir öffentlich machten, dass vor allem er im Gesetzgebungsverfahren auf seinen privaten Vorteil hinwirkt.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Überhaupt nicht! Du bist einfach nur ein Schwätzer! Darf ich das sagen? Ja!)

Seine peinliche Rede dazu vom letzten Plenum – die heute war ein bisschen besser – habe ich noch deutlich im Ohr.

Meine Damen und Herren, zur Erinnerung: Es handelte sich um einen im Hauruckverfahren unter Fristumgehungen und Fristverkürzungen eingebrachten Gesetzentwurf der CDU, der in irgendeinem Hinterzimmer am Morgen seiner Einbringung noch schnell von den rot-grünen Regenten absegnet und mit diesen ausgekungelt worden war.

(Beifall AfD)

Ohne die Möglichkeit der Opposition, also der AfD sich mit dieser Materie auseinandersetzen zu können, wurde er von den Qualitätsdemokraten der Altparteien hopplahopp durchs Plenum und dann durch die Ausschüsse gewinkt. Wir von der AfD haben gleich und trotz der ungenügenden Vorbereitungszeit gesagt, dass es so nicht geht und wir hatten wieder einmal recht. Ich weiß gar nicht, warum ich das immer erwähne, das ist eigentlich fast immer so. Denn auch der Landeswahlleiter, Herr Krombholz, und dann auch die Landtagsverwaltung schlossen sich nach und nach unserer Auffassung an, sodass der schwarz-rot-grüne Demokratenblock gezwungen war, weitere Wahlkreise – inzwischen sind es zehn – neu zuzuschneiden. Diese zehn Wahlkreise werden mit großer Wahrscheinlichkeit von der zulässigen durchschnittlichen Bevölkerungszahl abweichen. Aber, oh Wunder, diese Wahlkreise fanden sich im Gesetzentwurf zunächst nicht. Warum? Ich sage es Ihnen.

Die CDU hatte nur die Wahlchancen ihres Herrn Mohring im Blick und das machte sie blind für den Rest. Ein politischer Tunnelblick also, der nicht gerade zum Vorteil der CDU war. Die ganz große Koalition hier im Hause, also CDU, SPD, Grüne, Linke, wollte alle übertölpeln und das Verfahren schnell abschließen. Die AfD war die einzige Fraktion, die verlangt hatte, sich ausreichend Zeit zu nehmen

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Das ist schwach!)

und gründlich zu prüfen. Auch das war richtig, wie wir inzwischen alle wissen.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Womit Sie eine verfassungsrechtliche Hürde gerissen hätten!)

Noch mal kurz in die Vergangenheit – Stichwort: Infames Beispiel der CDU für politische Demenz. Es ist keine zwei Monate her, da hatten sich CDU und der ihr angehörige Landtagspräsident lautstark in der Presse beschwert, dass einige Wahlkreise neu zugeschnitten werden sollten, und sie an den Plänen des Innenministers nicht rechtzeitig und nicht umfassend beteiligt würden.

Ich zitiere den Landtagspräsidenten gemäß der Presse mit der Genehmigung des Landtagspräsidenten: „Es kann nicht sein, dass Innenminister Poppenhäger [...] eine Veränderung durchpeitschen will [...]“. Der Landtagspräsident verlangte eine fraktionsübergreifende Initiative und die CDU vermutete rot-grünes politisches Kalkül hinter den geplanten Wahlkreisänderungen. Die CDU befürchtete weiter, durch die neuen Wahlkreiszuschnitte enorm an struktureller Mehrheitsfähigkeit zu verlieren und Frau Tasch von der CDU forderte gar eine breite Debatte im Zusammenhang mit der Gebietsreform. Das war alles politische Demenz, denn ganz schnell vergessen, es passierte nämlich auf dem kurzen Mohring-Hennig-Wellowschen Dienstweg Folgendes: In klassischer Altparteienmanier wurde vorgestern Abend nach dem Plenum gegen 19.30 Uhr und nach knapp einer Stunde Wartezeit von der ganz großen Koalition aus den Altparteien unter Ausschluss der AfD eine 30-seitige Tischvorlage als Änderungsantrag in den Innenausschuss gezaubert, die vorher nie-

mand von der Opposition, also von der AfD zu Gesicht bekommen hatte. Das alles geschah in trauter Eintracht von links bis CDU. Linke und CDU schnitten sich also ihren vermeintlichen Wahlkreis so zu, wie es Ihnen gefällt. Pippi Langstrumpf lässt grüßen. Welche Kommunen wohin zugeordnet werden, wurde in wenigen Minuten heruntergerattert.

Meine Damen und Herren, zur Erinnerung: Es geht hier nicht um irgendetwas, es geht um das Wahlrecht und das Wahlrecht ist der Kern, das Herzstück unserer Demokratie und so gehen Sie damit um.

(Zwischenruf Abg. König, DIE LINKE: Das haben Sie ja nicht!)

(Beifall AfD)

Ein Änderungsantrag – ich erkläre Ihnen noch mal, wie Sie damit umgehen – wird in den späten Abendstunden durch die Ausschüsse gepeitscht und dann im Plenum heute zum Ende hin behandelt, damit es bloß keiner mitbekommt.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es waren 48 Stunden Zeit!)

Die Art und Weise erinnert doch sehr an unseren Antrag betreffend die Abgeordnetenrenten, mit dem ähnlich verfahren werden sollte.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein, es war eine Zeitfrage!)

Am besten in die Nachtstunden, am besten die Rollläden runtermachen, die Kameras aus und das Publikum raus – und dann wird über diese Sachen hier gemauschelt.

Dieses Verfahren, meine Damen und Herren, wirft aus unserer Sicht auch verfassungsrechtliche Bedenken auf, denn diese plötzlich aufgetauchte 30-seitige Tischvorlage, überschrieben mit Änderungsantrag der Altparteien – also Altparteienfraktionen stand da nicht –, überschrieben mit Änderungsantrag Ihrer vier Fraktionen, erweckte den Eindruck, als wenn dieser Antrag tatsächlich aus Ihren Fraktionen kommt. Aber das war offensichtlich nicht der Fall. Denn am 17.03. findet sich in der Vorlage 6/2329 die Aufforderung der Koalitionsfraktionen, weitere Wahlkreise zuzuschneiden. Zu diesem Zeitpunkt war also offensichtlich noch kein Änderungsantrag vorhanden. Das war der Freitag der vergangenen Woche. Am letzten Samstag – wir haben das aufmerksam beobachtet – brannte in den Zimmern der Abgeordneten, insbesondere der Altparteien, kein Licht. Und am Mittwochabend legte die Koalition einen über 30-seitigen Änderungsantrag vor, der schlechterdings nicht von den paar Referenten der Koalition stammen kann.

(Zwischenruf Abg. Hennig-Wellsov, DIE LINKE: Du kannst nach Hause gehen, du kannst nach Hause gehen!)

Offensichtlich wurde dieser Änderungsantrag kurz vorher irgendwie zusammengezaubert, denn ansonsten würde sich ja die Wartezeit von einer Stunde im Innen- und Kommunalausschuss nicht erklären. – Frau Marx, Sie wollen mit der Geschäftsordnung werfen? Oder wollen Sie mir die nur zeigen? Ich dachte, Sie werfen damit.

(Unruhe SPD)

Die Landesregierung hatte dann auch eine umfassende „Formulierungshilfe“ geleistet. Der zuständige Staatssekretär zierte sich peinlich berührt im Ausschuss, Genaueres dazu zu sagen.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie waren peinlich!)

Als ich ihn gefragt habe, wurde er ganz rot, der Gute, und hat darauf nicht mehr geantwortet.

(Zwischenruf Abg. König, DIE LINKE: Ihr Mitglied war noch nicht mal in der Lage, die Frage zu formulieren!)

Er sagte nur, es wäre nachgeholfen oder mitgeholfen worden. Meine Damen und Herren, das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: eine Formulierungshilfe – 30 Seiten – aus dem zuständigen Ministerium für die vier faktischen Regierungsfraktionen hier im Hause, eine Formulierungshilfe, von der die Opposition nichts wusste. Auch deshalb lehnen wir dieses Vorgehen und dieses Vorhaben von Ihnen ab und werden es verfassungsrechtlich überprüfen lassen, sodass sich dann zeigen wird, ob Sie damit wirklich das erreichen, was Sie erreichen wollten.

(Heiterkeit SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Beifall AfD)

Sie wissen alle – ja, da kann man mal klatschen. Ihr gezwungenes Kichern, Herr Adams, das spricht doch Bände, oder?

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es ist Lachen! Sie wissen gar nicht, wie sich das anhört, wenn ich kichere!)

Ich habe genau mit beiden Zeigefingern in die Wunden getroffen – und das ist Ihnen einfach peinlich. Deshalb kichern Sie hier rum und kriegen einen roten Kopf. Das spricht für sich!

Meine Damen und Herren, Sie kennen unsere Forderungen, was das Wahlrecht angeht. Wir brauchen keine einzelnen politisch motivierten, Mohring-geförderten Neuzuschnitte von einigen Wahlkreisen, die Herrn Mohring und einige andere dann dazu in die Lage versetzen zu glauben, ihre Wahlkreise wären sicher. Wir brauchen vielmehr eine umfassende Reform des Wahlrechts und eine umfassende Reform der Wahlkreise. Wir fordern eine Verringerung der Wahlkreise und damit eine Verkleinerung des Parlaments – dies vor allem im Hinblick auf die Gebietsreform, Frau Tasch.

Es soll statt der zurzeit 44 Wahlkreise zukünftig nur noch 31 Wahlkreise geben. Das gebe ich hiermit noch mal bekannt, das ist unser Wunsch und unser politisches Ziel. Leider werden solche Alternativen und Vorschläge von uns von Ihnen geächtet und Sie kämpfen damit gegen eine Verkleinerung des Parlaments, meine Damen und Herren, das ist sehr schade. Wir werden weiter dafür kämpfen. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

[...]

**Abgeordneter Brandner, AfD:**

Wir sind hier beim Faktencheck. Ich fange mal an mit dem Herrn Mohring. Herr Mohring, ich weiß nicht, wer aus seinem Gehege nicht so oft herauskommt, aber Sie scheinen auch nicht oft draußen zu sein. Wahlkreis 30 ist Ihr Wahlkreis, Herr Mohring, und Wahlkreis 30 grenzt an Wahlkreis 37. Und das ist der westliche Jena-Wahlkreis.

(Unruhe CDU)

Der westliche Jena-Wahlkreis wurde auch geändert, Herr Mohring.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Aber der Wahlkreis 38!)

Da brauchen wir nicht groß die Geografie auf den Kopf zu stellen, das grenzt aneinander. Man hätte die Aufteilung auch anders vornehmen können, wenn man nicht den Tunnelblick auf Sie, wenn man nicht auf Sie fixiert gewesen wäre. Das ist der eine Punkt.

(Unruhe CDU, DIE LINKE, SPD)

Der zweite Punkt, Herr Dittes, ich weiß auch nicht, was Sie den ganzen Tag machen. Ich habe hier den Änderungsantrag vorliegen. Dann blättere ich den durch und nehme nur mal die letzte Seite, da steht bei mir: Seite 30 von 30. Wie Sie auf 21 Seiten kommen, weiß ich nicht. Wenn man die Anlage mal weglässt, komme ich immer noch auf Seite 22 von 22. Wahrscheinlich werden Sie auch nur partiell und nur bruchstückhaft von Ihren Referenten unterrichtet. 30 Seiten – genau wie ich es gesagt habe. Brandner hatte mal wieder recht, Brandner ist in der AfD. Damit ist auch das wichtig, meine Damen und Herren.

(Beifall AfD)

Wir machen uns übrigens gar keine Gedanken, wie Sie da untereinander irgendwas zuschneiden, weil die AfD in der Lage ist, jeden Wahlkreis in Thüringen und auch in der Bundesrepublik Deutschland direkt zu gewinnen. Strukturell haben wir damit kein Problem. Da können Sie hin und her schieben, wie Sie wollen, am Ende werden Sie sehen, das Land wird genauso blau, wie der Landtag morgen Abend hier beleuchtet wird. Das wird die Zukunft zeigen.

(Beifall AfD)

Und dann wundert mich ja noch, dass der Herr Landtagspräsident, ich will ihn nicht kritisieren, aber es hat einfach durchgehen lassen, dass hier Interna aus den Ausschüssen wieder verbreitet werden unter Verstoß gegen die Geschäftsordnung, Herr Mohring und Herr Dittes.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was haben Sie denn gemacht?)

**Präsident Carius:**

Herr Abgeordneter Brandner, erstens haben Sie damit angefangen und zweitens mache ich darauf aufmerksam, dass die Geografie etwas anderes ist als das, was Sie hier vorn vom Rednerpult erzählen.

**Abgeordneter Brandner, AfD:**

Dass ich den Ausschuss verlassen hatte, dem ich nicht angehörte, ist ja wohl durchaus legitim, und außerdem war es mir zu blöd, muss ich Ihnen sagen, Sie hatten die Ausschusssitzung bis viertel vor sieben unterbrochen, bis zwanzig nach sieben war immer noch nicht wieder angefangen, Sie waren unterwegs, alle anderen waren unterwegs, da bin ich auch gegangen und dann haben Sie offenbar irgendwann angefangen mit Ihrem Ausschuss, dann war der irgendwann zu Ende und da hat mir keiner gesagt, dass der zu Ende war, weshalb ich dann auch nicht wusste, wann

der Justizausschuss anfängt. So einfach ist das. Bleiben Sie bei den Fakten! Das war jetzt also der dritte Fakt, das dritte Mal von Ihnen falsch. Das dritte Mal hatten die AfD und Brandner recht, meine Damen und Herren.

(Beifall AfD)

(Heiterkeit DIE LINKE)

Der letzte Punkt: Wenn Herr Mohring sagt, wir hätten keine Vorschläge gemacht, uns nicht eingebracht, Herr Mohring, da haben Sie recht. Und woran lag das? Weil Sie sich mit dem demokratischen Block von links im Hinterzimmer verkrochen hatten, zugemacht hatten und die AfD nicht reingelassen haben. Und da frage ich Sie: Wie sollen wir denn Vorschläge machen, wenn wir gar nicht wissen, was Sie da in dem Hinterzimmer ausbrüten und auskugeln?

(Unruhe CDU, DIE LINKE)

Das war einfach schlicht und ergreifend objektiv unmöglich, sich da einzubringen, deshalb haben wir es auch nicht getan. Wir haben hingegen die Chance genutzt, heute hier unsere Meinung zu sagen. Ich denke mal, das war jetzt abschließend. Ich bin froh, dass ich diese Landtagssitzung nicht gewaltmäÙig sozusagen verlassen werden muss, und Sie sehen auch, in unserer attraktiven Bundestagsliste der AfD haben wir Ihnen eine Möglichkeit gegeben, den Brandner auf legalem Wege, also loyalem Wege, nicht nur durch Ordnungsrufe, loszuwerden, sondern wählen Sie einfach bei der Bundestagswahl fleißig die AfD und der Brandner ist so schnell verschwunden in diesem Landtag, so schnell können Sie gar nicht gucken. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Scherer, CDU: Das wäre ein gewisser Anreiz!)

**Präsident Carius:**

So, wir bleiben ja noch ein bisschen zusammen und in der Zwischenzeit redet der Staatssekretär für das Innenministerium und die Landesregierung, Herr Götze. Herr Staatssekretär, Sie animieren jetzt Herrn Brandner, hier zu bleiben; sehr schön.